

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quis  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühr für die sechsgepaletete Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die Arbeiterinnen und das Hilfsdienstgesetz

Bereits vor einigen Monaten haben die in der Berliner Metallindustrie tätigen Arbeiterinnen bestimmte Grundzüge zur Regelung der Arbeitszeit und des Verdienstes aufgestellt. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband als die zuständige Organisation wurde beauftragt, an den Verband Berliner Metallindustrieller heranzutreten, um eine Verständigung über die Durchführung dieser Grundzüge herbeizuführen. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat darauf geantwortet, daß er an sich nicht abgeneigt sei, darüber in Verhandlungen zu treten, daß er aber den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Schaffung derartiger Grundzüge nicht für geeignet halte. Mit dieser Antwort, die an sich eine Ablehnung bedeutet, waren die zuständigen Arbeiterausschüsse und die Arbeiterinnen nicht einverstanden, weil sie gerade in der gegenwärtigen Zeit eine Regelung anstrebten; sie haben deshalb ihre Beschwerden bei dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins angemeldet.

Infolge einer weiteren Auseinandersetzung kam dann aber doch eine Verhandlung zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zustande. Ziegend ein Ergebnis zeitigten diese Verhandlungen nicht, da die Unternehmer bestimmt ablehnten, derartige Grundzüge festzusetzen. Es ist feinerzeit in der Metallarbeiter-Zeitung über diese Sache eingehend berichtet worden.

Daraufhin wurden die beim Kriegsausschuß angemeldeten Fälle nunmehr zur Verhandlung gestellt und zunächst über eine Firma verhandelt. Die Unternehmerseite des Kriegsausschusses lehnten die Verhandlung ab, weil sie den Kriegsausschuß nicht für zuständig erachteten. Es wurde nunmehr vom Deutschen Metallarbeiter-Verband gegen die Stellungnahme der Unternehmer Beschwerde zur Kriegsamtstelle beim Oberkommando in den Marken erhoben. Die Kriegsamtstelle wies eine grundsätzliche Entscheidung aus und erklärte, daß sie nach Prüfung der Rechts- und Sachlage nicht in der Lage sei, der Auffassung des Metallarbeiter-Verbandes beizutreten. Im übrigen sei sie auch nicht in der Lage, in die Jurisdiktion des Kriegsausschusses einzugreifen, da dieser nach dem Hilfsdienstgesetz in erster und letzter Instanz zu entscheiden berufen sei.

Diese Ansicht ging an sich selbst, denn eine Entscheidung des Kriegsausschusses war ja noch gar nicht erfolgt, sondern es handelte sich lediglich um die Weigerung der Unternehmer, in der Sache selbst zu verhandeln.

Um aber eine endgültige Entscheidung in der strittigen Frage herbeizuführen, wurde eine neue Sitzung des Kriegsausschusses anberaumt und zugleich der unparteiische Vorsitzende, Herr Magistratsrat v. Schulz, hinzugezogen. Diese Verhandlung fand nunmehr am 16. März d. J. statt. In dieser Sitzung entschied der Kriegsausschuß in seiner Mehrheit dahin, daß der Kriegsausschuß für Klagen der Arbeiterinnen unzuständig sei und er lehnte die Fällung eines Schiedspruchs ab.

Wir müssen das Urteil als einen Fehlspruch ansehen, denn wenn in der Begründung dieser Entscheidung des Kriegsausschusses gesagt wird, daß das Hilfsdienstgesetz sich nur auf Personen beziehe, die zum vaterländischen Hilfsdienst verpflichtet sind und unter Berücksichtigung des § 1 des Gesetzes, der lediglich von männlichen Deutschen spricht, die Arbeiterinnen ganz ausschalten will, weil bei der Schaffung des Gesetzes ausdrücklich die Frauen nicht als Hilfsdienstpflichtige ins Gesetz aufgenommen wurden, so trifft dies nach den durchaus klaren Bestimmungen der §§ 11 bis 13 nicht zu. Im § 11 des Hilfsdienstgesetzes wird ausdrücklich nicht von Hilfsdienstpflichtigen gesprochen, sondern von allen für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben. Für diese Betriebe sollen Arbeiterausschüsse errichtet werden, soweit sie mindestens 50 Arbeiter beschäftigen und nicht schon bisher Arbeiterausschüsse bestanden haben. Es ist ausdrücklich erklärt worden, daß unter Arbeitern auch Arbeiterinnen zu verstehen sind. Denn auch diese sind berechtigt, zu den Arbeiterausschüssen zu wählen und in dieselbe gewählt zu werden. Wenn es nach § 12 dann weiter heißt, daß es den Arbeiterausschüssen obliege, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterchaft des Betriebes und zwischen der Arbeiterchaft und dem Arbeitgeber zu fördern, so ist es ganz erklärlich, daß auch Arbeiterinnen dabei in Frage kommen müssen. Zum Ueberflus wird dann noch in § 13 ausdrücklich betont, daß, wenn nicht im Betriebe der im § 11 bezeichneten Art bei Streitigkeiten über die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeiterausschüssen zustande kommt, dann unter anderem auch der Kriegsausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden kann.

Es ist doch völlig unsonstig, wenn Arbeiterinnen zwar in den Arbeiterausschüssen gewählt werden dürfen, aber nicht berechtigt sein sollen, Beschwerden der Arbeiterinnen auch vor dem Schlichtungsausschuß zu vertreten. Der Kommentar von Schiffer und Jand sagt deshalb auch ganz richtig (Seite 67): „Die Schlichtungsstelle wird dabei zu berücksichtigen haben, daß das Recht, zur Arbeiterchaft gezählt zu werden, nicht dadurch bedingt ist, daß dieselben selbst Hilfsdienstpflichtig sind. Es wird auch eine Gruppe von Frauen, falls sie nach der Eigenart des in Betracht kommenden Betriebes als Arbeiterchaft angesehen werden dürfen, die Schlichtungsstelle anrufen können.“

Es hätte dieser durchaus richtigen Darlegung eigentlich kaum bedürft, denn aus den §§ 11 bis 13 geht unzweifelhaft klar hervor, daß in allen diesen Fällen von der Arbeiterchaft gesprochen wird und zur Arbeiterchaft gehören doch unzweifelhaft auch Arbeiterinnen. Dabei spielt es keine Rolle, ob für die Arbeiterinnen bei Ablehnung eines Schiedspruchs für die Unternehmer die Wirkung des Ablehnschneines ausscheidet. Lehnt ein Unternehmer den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses ab, so lehnt den Hilfsdienstpflichtigen nach § 13 der Ablehnschein zu. Dieser würde für Arbeiterinnen nicht in Frage kommen. Sonach ist, formal betrachtet, wohl eine Lücke im Gesetz, weil die Arbeiterinnen eines Ablehnschneines nicht bedürfen, da sie nicht Hilfsdienstpflichtig sind. Aber es ist doch, ungeachtet

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

## An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielefach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte.

Wir ersuchen alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Verbandsstelle zu melden.

Nach § 5, Absatz 6 des Statuts muß die Anmeldung beim Verband innerhalb vier Wochen nach Entlassung, Beurlaubung oder Abkommandierung zu gewerblicher Arbeit erfolgen.

Es wird allen diesen Kollegen dringend geraten, sich an die Ortsverwaltung ihres Aufenthaltsortes oder an den Vorstand um Auskunft zu wenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

der daraus entstehenden Folgen, der Versuch zur Beilegung einer Streitigkeit gemacht werden. Und nur so ist die Tätigkeit der Kriegsausschüsse als Schlichtungsausschüsse aufzufassen. Nach dem ganzen Sinn des Gesetzes soll in erster Linie das vaterländische Interesse gewahrt werden. Das vaterländische Interesse wird aber nicht gewahrt, wenn keine Möglichkeit vorhanden ist, Streitigkeiten zwischen einem wesentlichen Teil der Arbeiterchaft, nämlich den Arbeiterinnen und den Unternehmern vor dem Schlichtungsausschuß zu verhandeln und allenfalls eine Entscheidung herbeizuführen. Wenn also wirklich ein Unternehmer in einer solchen Streitfrage nicht erscheint, hat der Schlichtungsausschuß die Pflicht, in Abwesenheit des Beklagten zu verhandeln und durch Fällung eines Schiedspruchs seine Meinung zu der Streitfrage zu sagen. Weiter wurde auch in diesem Falle nichts verlangt. Das hat der Schlichtungsausschuß aber unmöglich gemacht, indem er sich auf den Standpunkt stellt, daß Arbeiterinnen nicht dem Hilfsdienstgesetz unterliegen und weil sie eines Ablehnschneines nicht bedürfen, derartige Sachen auch nicht vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden können.

Ganz abgesehen davon: im Kriegsausschuß für die Metallbetriebe sind bereits unzählige oft Beschwerdebesuchen von Arbeiterinnen verhandelt worden, und zwar auch in Gegenwart des unparteiischen Vorsitzenden, allerdings in den meisten Fällen in Verbindung mit Hilfsdienstpflichtigen der Betriebe; aber es ist auch in Fällen verhandelt worden, wo lediglich Arbeiterinnen in Frage kamen. Niemals ist da der Einwand der Unzuständigkeit von den Unternehmern erhoben worden. Es mutet deshalb eigentlich sonderbar an, wenn jetzt, nachdem das Gesetz über 15 Monate in Kraft ist, dieser Einwand erhoben wird.

Die Schlichtungsausschüsse sollen ja doch ausdrücklich über alle Streitigkeiten eines Betriebes, die in demselben nicht selbst zur Erledigung geführt haben, verhandeln, um durch ihre Mitwirkung eine Verständigung herbeizuführen. Wenn aber die Herbeiführung einer Verständigung durch derartige Zuständigkeitsbedenken unmöglich gemacht wird, dann wird nach unserem Erachten das vaterländische Interesse in keiner Weise gewahrt. Die Arbeiterinnen werden dann dazu veranlaßt, mit Unterstützung der Organisation, viellecht durch Niederlegung der Arbeit, sich ihr Recht zu suchen. Wenn dieser Fall wirklich eintritt, werden bei der Eigenart der heutigen Warenherstellung sofort viele Hilfsdienstpflichtige Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen, und dadurch wird doch das vaterländische Interesse noch viel weniger gewahrt.

Wir müssen deshalb die Entscheidung des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins nicht nur für einen Fehlspruch, sondern sogar für einen recht bedauerlichen Fehlspruch ansehen, der auch nicht dadurch besser wird, daß die Verantwortung für diese Entscheidung dem kühnhaften Gesetz zugeschoben wird.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies ja nicht die einzige Lücke des Hilfsdienstgesetzes ist, die in diesem Falle mehr formalen Charakter hat. Denn wir müssen es auch als eine Lücke ansehen, wenn der Schlichtungsausschuß in Form des Schiedspruchs seine Meinung zum Ausdruck bringt und der Unternehmer kann diesen Schiedspruch ablehnen. Gewiß ist er dann verpflichtet, den Arbeitern den Ablehnschein zu geben, aber da die Zurückstellung der wehrpflichtigen Hilfsdienstpflichtigen lediglich zur Arbeitsleistung in dem betreffenden Betrieb erfolgt ist, haben die wehrpflichtigen Hilfsdienstpflichtigen dann in den meisten Fällen auch mit der Einberufung zum Heeresdienst zu rechnen. Ganz abgesehen davon, liegt es gewiß nicht im vaterländischen Interesse, wenn eine Firma für mehrere Hundert Spezialarbeiter eines Betriebes oder gar für die Laufende umfassende Gesamtarbeiterchaft einen Schiedspruch ablehnt und dann sämtliche Hilfsdienstpflichtige Anspruch auf den Ablehnschein haben.

Bei Schaffung des Gesetzes war sicherlich erwartet worden, daß auch die Unternehmer diesen vaterländischen Interessen ein gewisses Verständnis entgegenbringen und der sozialen Lage der Arbeiter

Rechnung tragen. Sie hätten das um so mehr tun können, als ja doch fast alle in Frage kommenden Betriebe bei der Herstellung des Heeresbedarfes nicht schlecht abgeschnitten haben. Es hat sich aber gerade gezeigt, daß die Firmen, die ganz hervorragend mit Aufträgen der Heeresverwaltung bedacht worden sind, sehr oft auf diesem Gebiet am allerübelndigsten waren. Es ist deshalb nach unserer Meinung nicht nötig, daß das Gesetz durch Bundesratsverordnung ergänzt wird, sondern es ist nur erforderlich, daß das Gesetz nach seinen Grundtendenzen und nach seinem Grundwillen ausgelegt wird.

Der eigentliche Zweck des Gesetzes ist doch die Zusammenfassung aller Kräfte für die großen Aufgaben der gegenwärtigen Zeit. Das geht schon aus dem Titel des Gesetzes hervor. Weiter soll der Zweck des Gesetzes sein, den in den Betrieben des vaterländischen Hilfsdienstes tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen die Durchführung ihrer Arbeitstätigkeit nach billigen Grundzügen, die der gegenwärtigen Zeit Rechnung tragen, zu ermöglichen und auf jeden Fall dafür Sorge zu tragen, daß Störungen des Produktionsprozesses nicht eintreten. Und wenn Streitfragen entstehen, sollen sie den Schlichtungsausschüssen durch Verhandlungen und Einwirkung auf die Parteien beseitigt werden. Dieser wesentliche Zweck des Gesetzes wird aber für einen großen Teil der in den Betrieben beschäftigten Arbeitskräfte verhindert, wenn, wie in diesem Falle, der Schlichtungsausschuß ausdrücklich erklärt, daß er für Arbeiterinnen nicht zuständig sei.

Diese Entscheidung hat nun zu einer wesentlichen Verzerrung der Berliner Arbeiterchaft geführt, wie ja überhaupt die Arbeiter diesen Standpunkt des Schlichtungsausschusses nicht verstehen können. Die Arbeiter sind der Auffassung, daß der Schlichtungsausschuß in erster Linie die Aufgabe hat, entstehende Streitfragen friedlich und friedlich beizulegen. Hier wird das Gegenteil getan. Die Austragung einer Streitfrage wird den Arbeitern selbst zugeschoben und es macht sich auch jetzt schon bei den Hilfsdienstpflichtigen Arbeitern das Bestreben bemerkbar, die Sache der Arbeiterinnen in ihre eigene Hand zu nehmen.

Welche Ursache liegt aber dem Einspruch der Unternehmer zugrunde? Wir haben bereits hervorgehoben, daß über Streitigkeiten der Arbeiterinnen allein und auch in Verbindung mit Hilfsdienstpflichtigen unendlich oft, fast bei jeder größeren Sache verhandelt worden ist. Niemals ist dagegen Einspruch erhoben worden. Nur diesmal, und zwar deshalb, weil die Arbeiterinnen die Festsetzung bestimmter Mindestlöhne gefordert haben. Diese Forderung hat es den Unternehmern angetan. Mit dieser Forderung werden sie in ihren „heiligsten Gefühlen“ verletzt. Auf diesem Gebiet haben sie während des Krieges nicht im geringsten ungelitten. Noch nie vor stehen die im Verband Berliner Metallindustrieller vereinigten Firmen auf dem Standpunkt, daß sie allein über die Gewährung von Mindestlöhnen zu entscheiden haben. Wenn der Lohn, der da vorgeschlagen wird, wie in diesem Falle auch noch so gering ist und kaum den allerbescheidensten Lebensbedürfnissen entspricht, ist dem „Grundlag“ dar, nach Ansicht der Unternehmer, auf keinen Fall gerüttelt werden. Niemals wäre es den Unternehmern bei einer anderen Sache eingefallen, derartige grundsätzliche Entscheidungen herbeizuführen. Ist es nun nicht geradezu ungeheuerlich, daß in einer solchen ersten Zeit wie der gegenwärtigen eine derartige Feindsippenerei getrieben wird? Keine Rücksicht auf die schwere Not, die die Arbeiterinnen in der gegenwärtigen Zeit zu erdulden haben; keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Beschwerden; auch keine Rücksicht auf die so oft anerkannten Verdienste, die gerade die Arbeiterinnen sich in der Kriegswirtschaft erworben haben — hier wird das „Feindsip“ der Unternehmer verletzt und deshalb muß dagegen Protest erhoben werden.

Als das Hilfsdienstgesetz in Kraft trat, war fast allgemein eine lebhafteste Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen zu verspüren, weil das Gesetz die Arbeitskraft mit Besorgnis und die Arbeiter in der freien Wahl der Arbeit behindert. Durch die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen ist der Unwille der Arbeiter nicht geringer geworden und er wird durch derartige Entscheidungen wie die vorstehend geschilderte weiter gesteigert.

Es wird abzuwarten sein, wie weit das Kriegsamt, als die in dieser Frage zuständige Stelle, Maßnahmen trifft, um den drohenden Konflikt abzumildern. Das Kriegsamt wird die Pflicht haben, auch gegen den Willen der Unternehmer die Rechte der Arbeiterinnen, die ihnen nach dem Hilfsdienstgesetz zustehen, zu wahren.

Wenn es auch zutrifft, daß die Schlichtungsausschüsse in erster und letzter Instanz zur Entscheidung berufen sind, so darf doch nicht übersehen werden, daß es sich in diesem Falle nicht um die Entscheidung in einer Streitfrage der Parteien handelt, sondern um die Frage der Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses.

Hierzu muß das Kriegsamt Stellung nehmen, denn ihm liegt nach § 3 des Gesetzes die Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes ob. Öffentlich geschieht dies bald, damit der Aufregung und dem Unwillen der Arbeiterchaft die Ursache entzogen wird. D. Göring.

### Die Stellung der Werkzeugmacher und Einrichter im Produktionsprozeß und in der Organisation

Die letzten Jahrzehnte technischer Entwicklung haben im Produktionsprozeß eine ganz gewaltige Verschiebung der Arbeitskräfte hervorgerufen. Anstelle der Handarbeit und des gelernten Arbeiters trat die Maschine und der ungelernete Arbeiter oder die Arbeiterin. Schon die Kriegsjahre allein stellen die Entwicklung von Jahrzehnten dar. Durch die Einstellung auf den Heeresbedarf ist in der Mechanisierung des Produktionsprozesses ein gewaltiger Schritt vorwärts gemacht worden, die Erfahrungen, die hier der Unternehmer gesammelt hat, werden ohne weiteres auch auf die Herstellung sämtlicher anderer Waren ausgedehnt werden. Die Leitung der Arbeit in Handgriffe und die Beschäftigung Ungelernter haben für die Unternehmer so hohe Verdienste abgeworfen, daß sie diese Lehren überhaupt nicht wieder vergessen können.



Aber neben der Einführung der Maschinen und der Beschäftigung von ungelehrten und weiblichen Arbeitskräften entwickelte sich notwendig eine andere Art von Arbeitskräften. Das bewusste Arbeiten und die Erfindung des gelehrten Arbeiters wurde durch Werkzeuge und Einrichtungen an den Maschinen ersetzt werden. Automatische und andere Maschinen nutzen dem Unternehmer nichts, hat er nicht auch die Leute dazu, die die Werkzeuge herstellen und diese Maschinen einrichten. Maschinenarbeit und Beschäftigung ungelehrter bedingen auf der andern Seite die Beschäftigung hochqualifizierter Arbeiter. Das sind die Werkzeugmacher und Einrichter. Mit der weiterhin zunehmenden Mechanisierung des Produktionsprozesses muß auch die Wichtigkeit und die Zahl dieser Arbeiterkategorie ohne weiteres zunehmen. Je besser diese Arbeiter Maschinen selbst kennen, je größer ihre Erfahrung in Bezug auf Herstellung und Behandlung der Werkzeuge, desto größer ist der Vorteil, den der Unternehmer selbst davon hat. Galt die Werkzeuge aus, ist die Maschine gut eingerichtet, verschwindet das viele Aus- und Einspannen und Schleifen, so wird der Übergang der Maschine auf ein Mindestmaß heruntergebracht, die eine volle Ausnutzung der Betriebe gewährleistet. Immer wird die Intelligenz dieser Arbeiterklasse vor allen Dingen die Rentabilität eines Unternehmens mitbestimmen.

Entspricht aber nun auf der andern Seite die Bezahlung gerade dieser Arbeiter ihrer Arbeitsleistung und ihrer Wichtigkeit für jeden Betrieb, oder ist nicht vielmehr das Gegenteil der Fall? Zwar schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten in ihrer Nummer vom 9. Februar 1918: „Fachsarbeiter seien in Leipzig üblich von durchschnittlich 150 M. gewöhnt.“ Sollte dieses „Organ der Wahrheitsliebe“ aber den Beweis für diese Behauptung antreten, es würde sich täglich zurückziehen müssen. Einzelne dieser Facharbeiter haben wohl in Leipzig einen Stundenlohn von 2 M., es sind deren aber soviel, daß man sie ruhig in einem Handlohn plagiieren könnte. Der Durchschnittslohn beträgt auch hier nur 1,25 bis 1,60 M. Mehllich liegen die Dinge überall. Diese Bezahlung gerade der für den Betrieb wichtigsten Arbeiter entspricht der Stellung, die ihnen von den Unternehmern eingeräumt wird. Nicht als wichtige Arbeiter werden sie von ihm betrachtet, sondern als ein notwendiges Uebel.

Ihre Arbeit ist nach der Ansicht der meisten Unternehmer keine produktive, sie belasten nur das Unkostenkonto des Betriebes, deshalb müssen ihre Löhne so niedrig wie möglich gehalten werden. Drastisch kommt die Ansicht eines großen Teiles dieser Herzen zum Ausdruck, der dem Fiskus nach nicht nur von einem gebraucht worden ist, er lautet: „Wenn ich meine Werkzeugmacher sehe, dreht sich mit dem Herz im Leibe herum.“ Der Werkzeugmacher und der Einrichter, die sich das, was sie schaffen sollen, überlegen, wie es am vorteilhaftesten funktioniert, sind nach diesem Ausdruck nur Leute, die sich von der Arbeit jenseits als möglich drücken wollen. In Wirklichkeit sind gerade diese denkenden Arbeiter diejenigen, die dem Unternehmer das meiste Geld einbringen. Je besser die Werkzeuge und Einrichtungen durchdacht sind, um so weniger Versager gibt es und um so größer ist dann auch der Ruhwert dieser Einrichtungen.

Diese richtige Ansicht der Unternehmer gilt es für die betreffenden Arbeiter aus der Welt zu schaffen und sich auch den Unternehmern gegenüber zur Geltung zu bringen. Die Wichtigkeit dieser Arbeiter für den Produktionsprozess ist keine vorübergehende, sie wird im Gegenteil noch mehr zunehmen. Die deutsche Industrie will den Platz auf dem Weltmarkt wieder erobern, den sie vor dem Kriege einnahm. Sie will deshalb dem Beispiele folgen, wie es von der deutschen Metallindustrie in den letzten zwei Jahrzehnten mit feiner Einführung der Maschinen und der ungelehrten Arbeitskraft gegeben worden ist.

Die Organisationen der Unternehmer sind darüber, was sie wollen, auch vollständig im Klaren, denn von verschiedenen ihrer Organe wird für die Einführung des Taylor Systems lebhaft propagandiert, diese „wissenschaftliche Betriebsmethode“ in greifbare Nähe rücken. Jeder soll an den „richtigen Platz“, um eine Beschäftigung der Produktion zu erzielen. Schablonisierung der Produktion bedingt aber auch einen größeren Bedarf von Werkzeugmachern und Einrichtern. Es kommt nun für diese Arbeiter nicht darauf an, als Vertikalisanten des Unternehmers zu fungieren, indem sie sich als Meister und Boten der Fabrik lassen. Nicht ein Titel soll ihnen als Ziel vor Augen stehen, sondern die Wichtigkeit ihres Berufes muß in die Maßstäbe gemessen werden, um für die gesamte Arbeiterschaft eine bessere Bezahlung und Behandlung zu erringen. Sie können auch für ihre Leistungen nur eine bessere finanzielle Entschädigung erreichen, wenn sie sich mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch erklären. Nicht Kampfsgeist und Dummheit soll sie von der übrigen Arbeiterschaft trennen, sondern ihr Massenbewußtsein soll den anderen ein leuchtendes Beispiel sein.

Wir alle leben und müssen leben von dem Verkauf unserer Arbeitskraft, deshalb ist es auch notwendig, daß sich alle in den Organisationen der Arbeiter zusammenschließen. Gerade die Werkzeugmacher haben auf Grund ihrer Wichtigkeit für alle Betriebe besondere Verpflichtungen gegen die übrige Arbeiterschaft. Nicht Vertikalisierung des Unternehmers, sondern Vertikalisierung der Arbeiter und ihrer Interessvertretung, der Organisationen müssen sie sein. So, wie sie für die Zukunft des Rückgang der Metallindustrie bilden werden, müssen sie auch das Rückgrat der Organisation sein. Nicht ein Titel und die Stärkung des Selbstbewußtseins der Arbeiter durch den Arbeiter soll uns vorwärts treiben, sondern Zusammenfassung aller Arbeiter zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das kann nur geschehen, wenn wir uns mit denen, die wir beschäftigen sollen, in Reich und Arm halten. Empfänglich dafür, daß sich die auch ungeliebten organisieren. Nicht Egoismus darf aber Handtafeln bestimmen, sondern Solidarität mit allen Arbeitern. Sed auch eine Erklärung im Betriebe, wie in der häufigen Erklärung bewacht, um die Zeit und nicht auch ein Beispiel an den Unternehmern, sie sind bis auf den letzten Mann organisiert. Erklärung unserer Organisationen ist für die Zukunft die beste Garantie einer für unsere Lebensverhältnisse günstigen Entschädigung. Deshalb muß für auch wir für alle, denen ihr ein Vorbild sein soll, die Lösung sein:

**Einigkeit in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!**  
**A. Siebererich (Leipzig).**

### Kulturarbeit der Gewerkschaften

Die Arbeiterklasse der Reichsweiten technischen Industrie in Deutschland rechnete sich am 10. März in Odra zur Selbstorganisation und berief sich zur Selbstorganisation. Aufschreiend hieran hielt der Reichsweite, König Kerschlag, eine Rede, die wir nachfolgend hier wiedergeben:

Wenn man heute, so begann der Redner, das Arbeiterbewußtsein anspricht, man denkt an Hochschulen zu kommen, die Vorlesung macht, um in seinen Stunden Vorlesung und Unterweisung zu halten, die Vorlesungen und Unterweisungen zu besichtigen. Wir müssen in Anspruch nehmen und die Gewerkschaften zur Erreichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen drückt, so haben viele des alles für Kulturarbeit. Einige der jüngeren Leute müssen es, nicht auf

opfernde Arbeit es bedurfte, um alle diese Einrichtungen ins Leben zu rufen und sie arbeitsfähig zu erhalten. Tausende fleißiger Hände haben Jahrzehnte daran gearbeitet. Dabei hat mancher Not und Entbehrung in Kauf genommen, Geld- und Gefängnisstrafen über sich ergehen lassen. Mancher hat, des eigenen Landes vertrieben, im fremden Lande das Leben beschließen müssen im Kampfe für die große Arbeiterfrage, für die Organisation, die heute eine Macht in der Gesellschaft ist und auch als solche anerkannt und gewürdigt wird.

27 Jahre harter Arbeit hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband hinter sich. Wenn man zurückblickt auf die Kinderjahre unseres Verbandes, wenn man sich vergegenwärtigt, wie klein wir im Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren und unsere unmaligen Lohnbewegungen mit den jetzigen vergleicht, erscheint uns diese Sparne Zeit, als großartige Ummwälzung auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet, als eine Kulturarbeit ersten Ranges.

### Die Erweiterung des Kreises

Dem Wissen verdankt der Mensch den Schlüssel zu allem, was er geworden ist und sein eigen nennt. Dieses Bewußtsein ist Gemeingut der Menschheit geworden; und hat selbst das Wissen seine Schattenseiten und Gefahren: es trägt sein Korrekto in sich durch seinen unaufhaltsamen Fortschritt. Überblicken wir von diesem Standpunkte aus die Leistungen der Menschheit, so fühlen wir uns von Bewunderung ergriffen. Was sie auf den verschiedenen Gebieten des Gewerbes, der Technik, der Kunst und der Wissenschaft geschaffen hat, ist riesig; und ist auch der Kreis derer, für die das Leben wahrhaft wohlhablich eingerichtet ist, verhältnismäßig noch ein sehr enger: das Augenmerk ist mit Ernst auf dessen Erweiterung gerichtet, und nur, was dahin zielt, wird von nun an als wahrer Fortschritt betrachtet. Wäre dies immer in diesem Maße geschehen, so würden wir schon viel weiter gekommen sein. Es gehört jene Engherzigkeit dazu, die eines umfassenden Blickes nicht fähig ist, um darum die große Bedeutung des Fortschritts, den die Weltgeschichte aufweist, leugnen zu wollen. Wer mit jedem Auge zurückblickt — wir denken da nicht an primitive Zustände, sondern an Perioden sehr weit gebieherer Zivilisation —, kommt hin und wieder auf so gänzlich zerrittete Verhältnisse der Gesellschaft, in welchen aller sittliche Halt derart verloren war, daß man nur von einem Wunder Rettung erwarten zu können meinte. Es ist kein Wunder geschehen, und es ist besser geworden. Nur den vom Schicksal besonders Begünstigten ist es gegeben, das Guten überdrüssig zu werden: die breiteren Schichten des Volkes werden des Bösen überdrüssig, und wo sie mit Recht reagieren, reagieren sie nie ohne Erfolg. Ein paar Generationen mußten überwinden werden, und der menschenunwürdige Zustand hatte ein Ende. Wer die Weltgeschichte studiert, sehnt sich nie zurück nach der sogenannten guten alten Zeit, die nur gut war für wenige Privilegierte; er fürchtet aber auch nicht einen allgemeinen Rückfall in barbarische Zustände, weil er die solide Basis des modernen Fortschritts zu würdigen weiß.

Der moderne Mensch. Versuche über Lebensführung. Von B. Carnet. Alfred Röhner Verlag in Leipzig.

Einige Zahlen mögen das zeigen. Unser Verband zählte 1891 rund 23000, 1913 dagegen 550000 Mitglieder. An Unterführungen zählte der Verband: Für Reise- und Umgangsausstattung rund 6 Millionen, an Arbeitsstoffe 275 Millionen und an Fräule 27 Millionen Mark. Für in Rot Geware, an Stroh- und Maßregelungsunterführung 75 Millionen Mark. Für Werkzeugausstattung und Werkzeugausstattung 4 Millionen und Streifenunterführung 35 Millionen Mark. Wieviel Rot damit befreit und Krämer gefüllt worden sind, kann man richtig ermaßen, wer diese Kulturjahre miterlebt hat. Aber nicht nur hierin äußert sich die Arbeit des Verbandes, klarer tritt sie noch hervor bei Lohnbewegungen. 1904 erreichten rund 12000 Mitglieder 30309 M. Lohnbeziehung; 1915 dagegen 218885 Beteiligte 609542 M. die Woche. Das Jahr 1916 brachte trotz der einschränkenden Tätigkeit des Verbandes, 519025 Beteiligten 114403150 M. Lohnbeziehung. Die Arbeitszeit wurde 1904 für 1163 Beteiligte um 33551 Stunden, 1916 für 7898 Beteiligte um 309013 Stunden die Woche verkürzt.

Damit ist die gewerkschaftliche Arbeit nicht beendet. Die Förderung des Arbeiterstandes, der Arbeitverhältnisse in den verschiedenen Zweigen, des Wohnungswesens und der Arbeitsvermittlung zählen mit zu den vornehmsten Aufgaben des Verbandes. Waren wir einst ein Geschöpfen „unmündiger“ Menschen, die nicht wert waren, am Rode des Volkes mitzuarbeiten, so nennt man uns heute, um mit Eranismannern zu reden, „großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes“. Diese Anerkennung ist nur die Feststellung der Tatsache, daß die Gewerkschaften heute ein Kulturfaktor sind, mit dem man rechnen muß.

Was waren und sind unsere Aufgaben, noch größere stehen uns bevor. Das Kriegsende wird viele jetzter ungelöste Probleme aufwerfen. Millionen werden ins Birijschaftsleben zurückkehren, werden Arbeit und Brot suchen. Unsere Kriegswirtschaft muß eingestellt werden, was nicht immer leicht und ohne Erschütterung einzelner Gewerbegebiete vor sich gehen wird. Erst dann werden Viele, die heute leider die Arbeit der Gewerkschaften nicht voll zu würdigen wissen und ihr fernstehen, begreifen lernen, was sie durch Arbeitslosen verursacht haben. Noch ist es Zeit, durch Zusammenfassung mit seinen Arbeitskollegen in der Gewerkschaft sich das Mittel zu erwerben, mit dem man im kapitalistischen Entwicklungsprozess sich behaupten kann.

Es gibt Leute, die die Gewerkschaften für Dinge, die der Krieg mit sich bringt, vernachlässigt machen möchten. Außerhalb der Gewerkschaften stehende versuchen unter fortwährender Annäherung der Zeit Jenseits unter die Arbeiter zu kriechen und sie von dem gewerkschaftlichen Kampfweg abzubringen. Geben diese nicht begriffen, daß die Gewerkschaften wirtschaftliche und soziale Aufgaben zu erfüllen haben? Ein Jenseits an der Erreichung der Schlagkraft der Arbeiter kommt nur Arbeiterkämpfe her. Diese müssen, gleichgültig in welchem Lager sie stehen, auf des entscheidende beschnitten werden. Die einen durch das Schwert des Gesetzes, die anderen durch gute Gewerkschaftsarbeit; in erster Linie durch reiflose Zusammenfassung der Arbeiter in der Gewerkschaften. Nichts könnte die deutsche Arbeiterklasse nach dem Kriege mehr schädigen, als die Zerstückelung ihrer gemeinsamen Organisationen auf kapitalistischem Gebiet.

Was hier für die Arbeiter gilt, gilt auch für die Arbeiterkinder, die erst Kindheit im Industriebetrieb sind. Der einjährige Grundschulbesuch gehört ins Haus, hat nur noch geringfügigen Wert. Die Zeit muß die Eltern des Familienalters ins ganze Wirtschaftsleben. Die Eltern muß Brot verdienen für sich und ihre Kinder. Sie schaffen Familien für Heer und Marine. Das Zerbrechen der Familien die Kindheit, den Kindern sehr oft ihre gute Pflege. Auch gefährlich führt die Frau eine Beschränkung. Die einmalige Unmöglichkeit verflucht und wird durch eine weniger annähernd. Das sind wirtschaftliche Erscheinungen des Erwerbslebens, die müssen mit der Zeit der Gewerkschaften zusammenhängen. Sie

sind für kurze Beschäftigung der Frauen, für deren Schutz auf allen Gebieten und für gleiche Rechte, weil die Frauen gleiche Pflichten erfüllen. Wir wollen auch, daß die Frauen das bleiben, wozu sie in einer Kulturgesellschaft berufen sind. Den wertvollen Frauen kann aber auf ihrem harten Lebenswege auch nur durch gewerkschaftlichen Zusammenhalt geholfen werden.

Wenn in diesen bitteren Tagen oft die Frage eine Antwort verlangt: Ist denn das Leben überhaupt noch lebenswert? — so können wir Gewerkschaftler laut ausrufen, ja, es ist lebenswert, sofern wir durch Kulturarbeit es uns lebenswert gestalten. In der Pflichterfüllung für uns und unsere Mitmenschen erblicken wir unsere Lebensaufgabe; in den Erfolgen unsere Lebensfreude, die ungetrübt bleibt auch in dieser schweren Zeit des Weltkrieges. Dieses Vorkriegsschicksal ist, geschichtlich betrachtet, ein natürliches Ereignis der kapitalistischen Entwicklung, das aufzuhalten eine Unmöglichkeit ist.

Wir, die wir den Glauben an die Menschheit haben und die Arbeit als den sprudelnden Quell alles Menschenglücks ansehen, schreiten unbeirrt auf dem Wege unserer Kulturarbeit weiter, wissend, daß einmal die Zeit kommt, wo auch der letzte Schläfer der Erde mit uns sagt: Es ist eine Lust zum Leben.

### Was tut not?

Je länger der Krieg dauert, desto mehr verschärfen sich die Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft in Bezug auf die Stellungnahme der sozialistischen Parteien der Regierung gegenüber. So bedauerlich der Bruderkampf innerhalb der Partei schon ist, so wäre es doch ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, sollte diese Spaltung auch noch auf die Gewerkschaften übergreifen. Hände weg! rufe ich allen denen zu, die schon dabei sind, dies zu verwirklichen. Bedenkt, was für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht und welche Verantwortung auf euch zurückfallen wird. Darum: Mann der Arbeit, aufgewacht und erkenne deine Macht! Heraus auf die Schanzen gegen die Gewerkschaftsagenten! Geduld auf der Gut Metallarbeiter, verhindert das Schlimmste, was uns passieren könnte: die Spaltung der Gewerkschaft.

Ob „Gothaer“ oder „Würgburger“, als Gewerkschaftler wollen wir einig zusammenhalten. Mehr Zurückhaltung auf der einen, mehr Entgegenkommen auf der anderen Seite würde viel dazu beitragen, den gehässigen Bruderkampf ins gegenseitige Verstehen umzuwandeln. Aber auch mehr Zurückhaltung von verschiedenen Verbänden angestellten und der Metallarbeiter-Zeitung in dieser und jener Frage und Artikeln wäre auch sehr von allgemeinem Interesse. Darum Kollegen in Nord und Süd, in Ost und West, mehr Nähe und gegenseitiges Verstehen in politischer Hinsicht. So wie wir in der Werkstatt trotz politischer Gegensätze gedeihlich, zum Ruhm des Unternehmers, zusammenarbeiten, sollte dies denn nicht bei unseren Führern möglich sein? Geben sich diese denn nicht schon einmal diese Frage vorgelegt. Würde die Arbeiterschaft nicht unendlich viel gewinnen, wenn jene Leute genau so geblieben, im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, zusammenarbeiten würden, wie wir es in der Werkstatt tun?

Mit Mißbehagen las ich die Notiz, daß man in Stuttgart eine Kommission ins Leben gerufen habe zur Gründung einer „Kampfgewerkschaft“. Sind wir denn keine Kampfgewerkschaften mehr? Wie wollen jene Leute den Beweis erbringen, daß zum Beispiel der Metallarbeiter-Verband keine Kampfgewerkschaft mehr sei? Etwas darüber, daß ein großer Teil der Verbandsangestellten politisch zur alten Partei gehören? Oder etwa, weil im Kriege nicht mehr gestreift und nicht mehr Vorbeile für die Metallarbeiter herbeigeholt worden sind? Gaben sich jene Leute schon einmal gefragt, ob ihre neue Gewerkschaft mehr Vorteile der Arbeiterschaft bringen würde? Wenn sie ehrlich sind, so werden sie nicht umhin können, zu erklären, daß nur parteipolitische Momente im Spiele sind. Wir aber, die Männer der schwierigen Faust, wir werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dies zu bekämpfen wissen.

Nach wie vor werden wir aber kämpfen, die Lebenslage des arbeitenden Volkes zu heben. Kämpfen werden wir weiter bis der Achtstundenstag erreicht ist. Bekämpfen werden wir alles, was darauf hinausläuft, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern. Bekämpfen werden wir aber auch jene, die nun jetzt noch, im letzten Stadium des Krieges, noch eine Spaltung der Gewerkschaft wollen.

Daß man sich mit diesen bedauerlichen Zuständen jetzt beschäftigen muß, dies tut uns wahrlich nicht not. Not tut uns heute mehr denn je, einig und geschlossen zusammen zu halten, damit wir nach dem Kriege gemoppnet dem kapitalistischen Unternehmertum die Stirn bieten können. Not tut uns weiter, das große Heer der Unorganisierten mobil zu machen, sie zu organisieren. Weiter tut für uns als Metallarbeiter noch für den weiteren Ausbau des Verbandes in demokratischer und finanzieller Hinsicht tätig zu sein. Auch die große Anzahl Frauen und Mädchen der Metallindustrie gilt es zu organisieren. Wahrlich, Arbeit genug! Darum weg mit jedem Zerstückelungsgebilden: nur eine einzige geschlossene Arbeiterschaft tut uns bitter not.

### Unser Verband in der 190. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 190. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Grünberg, Senftenberg, Gotha, Helmstedt, Zimenau, Schmalkalben, Heide, Kietzen, Webel-Schulau, Pippstahl und Amberg.

Übersicht über die Zeit vom 17. bis zum 23. März 1918.

| Wochentag | Verwaltungstellen haben berichtet | Mitgliederzahl zu Anfang der Woche | Davon vom Heer entlassen | Mitgliederabgang überhaupt | Davon vom Heer entlassen | Mitgliederzahl am Schluß der Woche | Davon arbeitslos | Summe | Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung |      |
|-----------|-----------------------------------|------------------------------------|--------------------------|----------------------------|--------------------------|------------------------------------|------------------|-------|--|------|
|           |                                   |                                    |                          |                            |                          |                                    |                  |       |  | 1918 |
| 1.        | 92                                | —                                  | 11899                    | 20                         | 213                      | 107                                | 11120            | 16    | 0,14                                   | 44   |
| 2.        | 28                                | 1                                  | 14029                    | 7                          | 92                       | 40                                 | 13937            | 13    | 0,09                                   | 113  |
| 3.        | 32                                | 1                                  | 11251                    | 14                         | 58                       | 26                                 | 11193            | 14    | 0,12                                   | 40   |
| 4.        | 50                                | —                                  | 49721                    | 14                         | 486                      | 180                                | 49235            | 135   | 0,27                                   | 428  |
| 5.        | 75                                | 4                                  | 41356                    | 48                         | 802                      | 152                                | 41054            | 38    | 0,09                                   | 214  |
| 6.        | 39                                | 3                                  | 49328                    | 77                         | 258                      | 67                                 | 49070            | 35    | 0,06                                   | 150  |
| 7.        | 33                                | 1                                  | 72592                    | 37                         | 630                      | 170                                | 71902            | 32    | 0,04                                   | 114  |
| 8.        | 90                                | —                                  | 27869                    | 36                         | 867                      | 54                                 | 27002            | 2     | 0,01                                   | 11   |
| 9.        | 45                                | —                                  | 49096                    | 61                         | 431                      | 126                                | 48665            | 31    | 0,06                                   | 68   |
| 10.       | 38                                | 1                                  | 82878                    | 38                         | 214                      | 84                                 | 82664            | 75    | 0,23                                   | 324  |
| 11.       | 1                                 | —                                  | 71606                    | 72                         | 204                      | 204                                | 71402            | 257   | 0,36                                   | 1511 |
| Zus.      | 403                               | 11                                 | 421999                   | 524                        | 3755                     | 1170                               | 418244           | 648   | 0,15                                   | 3197 |

Stichtag: der im Laufe der Woche Zugereisten, Neuaufgenommenen und vom Heer Entlassenen.

In der Berichtwoche wurden (außer Berlin) 8817 neue Mitglieder aufgenommen. 566 Mitglieder wurden mehr zum Heer entlassen.

6528 Mitglieder = 1,51 v. H. waren krank gemeldet, an die 47320 M. Unterstützung ausbezahlt wurden.



Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte ... tragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 14. April der 16. ...

Den Bevollmächtigten und Kassieren zur Kenntnis, daß für ...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 ...

Der Verwaltungsvorteil ...

Der Verwaltungsvorteil ...

Der Verwaltungsvorteil ...

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat ...

Verichtigung. Der Verwaltungsvorteil ...

Für nicht wieder ausnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsvorteil ...

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen ...

Werner, Stuttgart, Rüststraße 16, 1.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. März 1918 bei der Hauptkasse ...

- List of names and amounts: Bonn 1490, Aachen 1490, Köln 1490, ...

Die Verwaltungsvorteil, Bevollmächtigten und sonstigen ...

Berichte

Metallarbeiter.

Dresden. In der am 17. März abgehaltenen außerordentlichen ...

Arbeitsvermittlung und bei Arbeitslosenunterstützung ...

Frankfurt a. M. ...

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Februar 1918.

Table with 5 columns: Beruf, Arbeitslos waren am 1. Februar 1918, Arbeitslos waren am 29. Febr. 1918, In Arbeit waren am 1. Febr. 1918, Arbeitslos waren am 29. Febr. 1918.

Rundschau

Die Verfassung der preussischen Wahlrechtsreform.

Das Verfassungsamt hat sich wieder auf sehr viele Wochen ...

In der Tat geht die Konfektion der Junker und Junkerengenossen ...

Ist aber die Reform durch das Abgeordnetenhaus lugiert ...

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahlrechtsreform auf die ...

Unterstützung weiblicher Hilfskräfte.



handwerksmäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau, Berlin W. 9, Eichhornstraße 1, gerundet. Eine Kriegsamtsstelle hat Schritte zur systematischen Anleitung von Frauen in die Wege geleitet. Sie hat eine Kommission, bestehend aus drei Ingenieuren verschiedener Betriebe, zwecks Informationen zu dem Verband entsandt nachdem ein Referent der Kriegsamtsstelle persönlich Rücksprache mit der Geschäftsführerin und dem Ingenieur des Verbandes genommen hatte. Dieser hat dann an Abhandlung der Kriegsamtsstelle in verschiedenen Sitzungen der Metallarbeiter über das Anlernen der Erziehungskräfte berichtet. Dieses Verfahren erscheint sehr zweckmäßig und wird allen Kriegsamtsstellen empfohlen. Auch der bei einer anderen Kriegsamtsstelle begründete Ausschuss von Vertretern der Industrie, in dem in enger Fühlung mit dem Verbande für handwerksmäßige und fachgemäße Ausbildung der Frau ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch stattfindet über die Fragen der Anlernung und über sonstige Fragen, die mit der Frauenerziehung zusammenhängen, hat sich als zweckmäßig erwiesen. Ferner wird Bestätigung mit den Bezirksvereinen des Vereins Deutscher Ingenieure empfohlen.

**Verpflichteter Landesverrat.**

Unter dieser Spitzmarke berichtet die Bergische Arbeiterstimme vom 30. März folgendes:

„Das Reichsgericht hat den Betriebsingenieur Seidel von einem Vorwande der Verletzung des Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre verurteilt. Seidel hatte längere Zeit hindurch Pflanzarbeiten an Granaten - Stächen von Mundslocher usw. - vornehmen lassen. In der Begründung des Urteils wird angeführt, daß durch diese Pflanzarbeiten die Granaten minderwertig und die eigenen Truppen gefährdet werden und daß hierdurch der deutschen Kriegsmacht Nachteil zugefügt, die Lage unserer Gegner aber entsprechend günstiger gestaltet wird.“

Daß durch Pflanzarbeiten an Gegenständen des Heeresbedarfs die eigenen Truppen gefährdet werden können, ist ohne weiteres klar. Auch ist es unter den jetzigen Verhältnissen verständlich, daß eine solche Handlungsweise unter Umständen hart bestraft wird. Immerhin verstoßen wir das Urteil des Reichsgerichts insofern nicht, daß dies schon Landesverrat sein soll, obwohl wir durchaus nicht der Meinung sind, daß die Landesverratsverurteilung nicht nur unsern gewöhnlichen Verstande aber doch stets die Absicht voraussetzt, den Kriegsgegnern des Deutschen Reiches zu nützen. Daß diese Absicht im vorliegenden Falle vorhanden war, geht wenigstens aus der Zeitungsmittelteilung nicht hervor. Immerhin zeigt der Fall, was heutzutage schon alles als Landesverrat aufgefaßt und mit entehrenden Strafen bedacht wird. Er möge unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Warnung dienen.

**Munitionsarbeiter, versichert euch!**

Diese Warnung muß den vielen Tausenden in der Rüstungs- und Munitionsindustrie beschäftigten Frauen und Männern immer wieder nahegelegt werden, weil sie bei den sich häufenden Explosionen häufig in Lebensgefahr sind. Da es ihnen in der Regel nicht möglich ist, Ersparnisse anzulegen, kommen ihre Familien beim Eintritt des Todes ihres Ernährers sehr häufig zu der tiefen Trauer auch noch in drückende materielle Sorgen, die von ihnen fernzubekommen geradezu zur Pflicht wird. Hier kann durch eine Versicherung bei der Volksfürsorge geholfen werden. Eine Versicherung erfordert die regelmäßige Zahlung der den Verhältnissen anzupassenden Prämien und bietet beim eintretenden Tode die Auszahlung der vereinbarten Versicherungssumme. Dadurch, daß die Volksfürsorge bei dem eintretenden Tode durch Unfall, also auch durch Explosion, sofort nach Abschluß der Versicherung die volle Versicherungssumme auszahlt, ist jeder Munitionsarbeiter bei der Volksfürsorge für alle Fälle am besten versichert.

Diesen Vorteil empfand in letzter Zeit wieder die Familie eines in einer Munitionsfabrik tätigen Arbeiter-Schlossers in Düsseldorf. Er hatte sich im Jahre 1914 nach Laer I mit einer Halbmundprämie von 1 M für eine Versicherungssumme von 320 M versichert. Am 14. März 1918 kam er bei einer Explosion durch eine Kopferlegung und Bruchschmelzung zu Tode, worauf seiner Familie die bedingungsgehemme Summe ausgezahlt wurde. So hatte er durch seine Vorsorge seinen Lieben einen großen Dienst geleistet.

**Vom Ausland**

**Österreich.**

**Verbandsrat des Österreichischen Metallarbeiter-Verbandes.** In der Woche vom 18. bis 23. März hielt unsere österreichische Arbeiterorganisation im Arbeiterheim in Wien ihren elften ordentlichen Verbandstag ab. Die vom Verbandsvorstand vorgelegte Tagesordnung war infolge des Umstandes, daß seit sieben Jahren keine Generalversammlung mehr abgehalten worden ist, außerordentlich reichhaltig. Der langjährige Obmann des Verbandes, Kollege G. W. W., eröffnete den Verbandstag mit einer Begrüßung an die Delegierten und die antwortenden Gäste und Vertreter der ausländischen Verbände. Betreten waren die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Abgeordneten Seitz, die Gewerkschaftskommission der österreichischen Gewerkschaften durch ihren Vorsitzenden Gueber, vom Ausland waren erschienen aus Dänemark Kollege Hansen, aus der Schweiz Kollege Hirsbrunner, aus Ungarn Kollege Habi und Deutschland Kollege Bernide.

Der Geschäftsbericht erläuterte der Sekretär, Kollege Domes. In seinem Bericht konnte Domes zunächst auf den erfreulichen Aufschwung, den der Verband besonders im Jahre 1917 genommen hat, hinweisen. Während er im Jahre 1916, ohne die zum Militär Eingezogenen, 29.621 Mitglieder zählte, wurden im Jahre 1917 116.644 neue Mitglieder aufgenommen; 2.323 mussten wieder gestrichen werden, so daß am Schlusse des Jahres 1917 ein Mitgliederbestand von 121.949 vorhanden war. Der Mitgliederbestand ist in der Hauptsache den im Mai 1917 vom Verband durchgeführten Lohnsteigerungen zu verdanken. Bei dieser Lohnsteigerung gelang es, die Kriegszulagen in ein bestimmtes System zu bringen, die bei früheren Verhandlungen als Grundlage für Forderungen und für die Entscheidungen der neu eingesetzten Sachverständigenkommissionen diente. Durch die erfolgreiche Lohnbewegung in Wien hat auch die Arbeiterkraft der großen Wiener Werke den Wert der Organisationen erhöht und den Anstoß zu den Verhandlungen gegeben. Das Kriegslohngesetz ermöglicht der Reichsregierung eine besonders scharfen Druck. Mit der über reichsweit durchgeführten Organisation war es dem Verbande nicht möglich, den Bestimmungen, die in der letzten Kriegszeit in der Durchsetzung des Kriegslohngesetzes sich zeigen, wirksam entgegenzutreten aber um die Aufhebung des Gesetzes zu verlangen. Erst im November 1915 konnte auf einem allgemeinen Arbeiterkongress in Wien diese Forderung angenommen werden. Das der Fülle des Stoffes, der auf diesem Arbeiterkongress über die Durchsetzung des Kriegslohngesetzes gesammelt werden ist, ist eine Durchsicht zum Vergleich mit der Regierung übergeben worden. Der Reichsrat hat nur einige sehr mangelhafte Vorschläge, die mit aller Bestimmtheit zeigen, daß gewaltiger Widerstand in der Ansetzung und Durchsetzung des Kriegslohngesetzes in Österreich und in der Ansetzung und Durchsetzung des Kriegslohngesetzes in Deutschland besteht.

In der Abhandlung über den Verfall wurde ebenfalls festgestellt, daß der Verfall des Reiches ein ernstes Problem ist, das in keiner Weise durch die großen Leistungen der Arbeiter gelöst werden kann. Es ist ein Problem, das nur durch die Zusammenarbeit der Arbeiter mit der Regierung gelöst werden kann. Die neu eingesetzten Sachverständigenkommissionen haben leider an der notwendigen Durchsetzung des Gesetzes durch die verschiedenen Leiter der

Betriebe nichts oder doch nur wenig ändern können. Militärische Bestrafungen wegen der Kleinheit Vergehen haben die Arbeiter ertragen müssen. Ein Bedner sich über die Verteilung eines Kollegen zu Arreststrafe, weil er mit einem Mädchen verheiratet, dessen Vater das Verhältnis nicht dulden wollte und hier von dem militärischen Leiter des Betriebes, in dem der junge Mann arbeitete, Mitteilung machte. Einem anderen Kollegen wurde verboten, abends den Betrieb zu verlassen, damit ein eingegangenes Verhältnis nicht weiter fortgesetzt sollte. Wie ein roter Faden zog sich durch die Abhandlung, daß der Mißbrauch des Kriegslohngesetzes gegen die Arbeiter einen hohen Grad von Erbitterung ausgeübt hat und daß Abhilfe nur durch Beseitigung der Kriegslohngesetzgebung möglich ist. Den Kassenbericht gab Kollege Heitzinger. Auf Antrag der Kontrollkommission wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Die auf die Tagesordnung gesetzte Besprechung der Besprechungskommission und deren weitere Ausgestaltung bekam eine andere Richtung, als ursprünglich vorgesehen war. Kurz bevor dieser Punkt zur Behandlung kommen sollte, wurde durch die Tagespresse ein von der Regierung fertiggestellter Entwurf eines Zivildienstgesetzes bekannt gegeben. Gelegenheit des großen Streiks im Januar, der besonders die Beseitigung des Kriegslohngesetzes zum Ziel hatte, war von der Regierung versprochen worden, daß anstelle des Kriegslohngesetzes ein anderes Gesetz in Vorbereitung sei. Nach dem von der Regierung vorgelegten Entwurf wird das Kriegslohngesetz nur formell aufgehoben. Dem Verbandstag war damit Gelegenheit gegeben, zu dem vorgelegten Entwurf und der Einführung des im Januar gegebenen Versprechens Stellung zu nehmen. Die Delegierten ließen dann auch keinen Zweifel darüber, daß, falls der Entwurf Gesetz werden sollte, dieses den schärfsten Widerstand der Metallarbeiter finden wird. So haben sich die Arbeiter die Beseitigung des bisherigen Gesetzes nicht gesät. Sehr interessant war die Mitteilung, daß zwischen den Arbeitnehmern der Rüstungsindustrie und dem Kriegsministerium eine Sitzung stattgefunden hat, in der sich die Grundlage für den Entwurf zu dem neuen Zivildienstgesetz fertiggestellt worden ist. Der Entwurf ist deshalb auch ganz im Sinne des Unternehmertums gehalten. Hervorgehoben wurde, daß der österreichische Entwurf weit davon entfernt ist, mit dem Zivildienstgesetz in Deutschland gleichgestellt zu werden. Im Zivildienstgesetz in Deutschland ist denn doch, bei allen Schwächen, die dem Gesetz noch anhaften, den wirtschaftlichen Verhältnissen und besonders dem Reichsminister der Arbeiterschaft erheblich mehr Rechnung getragen, als das in dem von der österreichischen Regierung vorgelegten Entwurf der Fall ist. In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderte deshalb der Verbandstag die sozialdemokratische Fraktion auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Entwurf anzukämpfen.

Eine besonders wichtige Frage war die Verschmelzung mit dem Verband der Siegereiarbeiter. Zu der gleichen Zeit, in der die Metallarbeiter ihre Tagung hatten, hatte der Verband der Siegereiarbeiter seine Generalversammlung einberufen. Beide Verbände beschäftigten sich mit der Verschmelzungsfrage. Die zwischen den Leitungen beider Verbände ausgehandelten und den Verbandstagen vorgelegten Uebereinstimmungsbedingungen wurden von beiden Seiten einstimmig angenommen. Mit heller Begeisterung und großem Jubel qualifizierten die Delegierten die Verschmelzung zur Vereinigung beider Organisationen. Der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission, Genosse Gueber, und Kollege Bernide vom Deutschen Metallarbeiter-Verband begrüßten in warmen Worten den vollzogenen Zusammenschluß der beiden bisher getrennten Verbände. Um eine weitere Vereinigung der in Österreich noch vorhandenen Metallarbeiterorganisationen zu erreichen, beschäftigte sich der Verbandstag mit der Stellungnahme zum tschechischen Metallarbeiter-Verband. Der Nationalitätenstreit spielt immer noch eine große Rolle in der Arbeiterbewegung. Die tschechischen Metallarbeiter haben besonders eine besondere Organisation erreicht und haben in diesem Kampf gegen den österreichischen Metallarbeiter-Verband. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Verbandsvorstand beauftragt, mit dem tschechischen Metallarbeiter-Verband in Verhandlungen zu treten, um den Weg zur Einheitsorganisation der österreichischen Metallarbeiter vorzubereiten. Man war sich allerdings klar darüber, daß diese Aufgabe eine der schwierigsten sein wird, die dem Verbandsvorstand zur Erledigung überwiegen ist. Immerhin glaubte man, den ersten Schritt zu einer Verständigung machen zu müssen.

Die Forderungen für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft sind in drei Vorträgen von den Kollegen Domes und Hirsbrunner behandelt worden, so der Ausbau der Fabrikarbeitskräfte, die Errichtung von Arbeiterkammern und die Frage der Arbeitsvermittlung.

Die vom Verbandsvorstand und den einzelnen Sektionen vorgelegten Forderungen zum Verbandstaktum sind in einer Kommission bearbeitet und die Vorschläge der Kommission fast ausnahmslos angenommen worden. Der Schwerpunkt der vorgelegten Forderungen betraf die Erhöhung der Verbandsbeiträge. Das einmütig beschlossene wurde: Der Verbandstrag für die 1. Klasse beträgt von 1. April 1918 an 10 Heller, für die 2. und 3. Klasse 5 Heller. Neben dem wird ein Beitrag zum obligatorischen Lebensversicherungs für die 1. Klasse von 20 Heller, für die 2. und 3. Klasse von 10 Heller erhoben. Außerdem ist der noch zu leistende Beitrag zum 10 Heller festgesetzt. - Der Antrag des Verbandes, die Wartezeit zum Bezug von Unterstützung von 52 auf 10 Wochen zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Bei der Wahl des Verbandsvorstandes ist insofern eine bemerkenswerte Änderung eingetreten, als anstelle des bisherigen Obmannes Domes zum Vorsitzenden des Verbandes einmütig und einstimmig mit noch zwei anderen Kollegen als seine Stellvertreter gewählt wurden sind.

Der Verbandstag forderte dann in einer Entschließung die Beseitigung des noch üblichen Arbeitsbuches, in einer weiteren Resolution die Abstellung der fürchterlichen Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bekleidungsartikel.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Gerade wurde im Namen der Gäste für die Gastfreundschaft, er hofft, daß die Zeit bald kommen möge, um, wie sonst üblich, Vertreter der Metallarbeiter aller Länder auf den Tagungen der Metallarbeiter begrüßen zu können. Domes schloß den Verbandstag mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Ausdrücklich muß werden, daß trotz der Schwierigkeit und des Umfanges der Tagesordnung, besonders auch angesichts des gewöhnlichen Handbuchs, der durch die Handhabung des Kriegslohngesetzes in ausserordentlichem Maße vorhanden war, die zur Beratung gekommenen Fragen in aller Sachlichkeit, wenn auch mit begrenzter Teilnahme bei jedem Teilnehmer des Verbandstages behandelt werden sind. Trotz der auch unter den Metallarbeitern Österreichs vorhandenen politischen Meinungsverschiedenheiten war jeder Delegierte von der Wichtigkeit der Verhandlungen überzeugt und hat bewiesen, daß er an einer besonders bedeutungsvollen Tagung teilnahm. Jeder sagte: wir haben andere Fragen und Forderungen, als sich durch Überwinden und Kritiken des Lebens lösen zu machen. Stellen die gesetzlichen Anordnungen, die die Gewerkschaften nach Beseitigung des Krieges zu erfüllen haben, zum Besten der Arbeiter gelöst werden, so ist dazu die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisationen die erste Voraussetzung.

**Schweden.**

Die schwedische Arbeiterbewegung hat dem jüngst erschienenen Abhandlung ein antwortendes Schreiben zugesandt, worin er ausführlich auf den Gehaltsrückgang in verschiedenen Industriezweigen und im Transportverkehr, der eine große Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde, hinweist. Außerdem berichtet er über den Vorkriegsstand der Arbeiterbewegung in Schweden, so daß schon der gewöhnliche Lohn nicht ausreicht, um die notwendigen Bedürfnisse zu decken, es ist möglich, die notwendigen Bedürfnisse der Arbeiter zu decken. Dieser Umstand muß auf dem Arbeitsmarkte nicht nur

möglichst entgegenwirken. Zur Förderung dieses Zweckes erscheint es zweckmäßig, allgemein nach Möglichkeit dazu beizutragen, die wegen Arbeitslosigkeit nach solchen Gebieten zu wenden, wo Ueberflus von solchen vorhanden ist. Da die öffentlichen Arbeitsnachweise Ueberflus über den Arbeitsmarkt und Kenntnis von Angebot und Nachfrage in den verschiedenen Teilen des Landes haben, sei deren Mitwirkung soweit wie möglich in Anspruch zu nehmen.

Das Landessekretariat der Gewerkschaften hat sich an die staatliche Arbeitslosigkeitskommission mit einer Eingabe gewandt, worin sie unter Hinweis auf die Unzureichung und die verringerte Kaufkraft des Geldes die Kommission ersucht, beim Reichstag die erforderlichen Mittel zu einer Erhöhung des Staatszuschusses zur Arbeitslosenunterstützung zu beantragen. Diefem Ersuchen ist die Arbeitslosigkeitskommission nachgegeben.

**Eingegangene Schriften**

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die Metalle. Ihre Gewinnung und Eigenschaften. Zusammengefaßt von Hermann für Autogenerschweißen von C. de Gyp in München. Mit 2000 Figuren. Zweite Auflage. Halle a. S. 1917. Carl Marhold, Verlagsbuchhandlung. Verlag der Zeitschrift Autogene Metallbearbeitung, Zentralblatt für die Zentralfabriken der autogenen Schweiß- und Schneidverfahren. 76 Seiten. Preis 1,80 M. - Eine kurze Belehrung über die Metalle mit Vermeidung dessen, was man bei Fachleuten als bekannt voraussetzen kann.

Die Blechbearbeitungstechnik. Das Schneiden, Lochen, Perforieren, Biegen, Falzen, Pressen, Ziehen und Prägen d. Metalle, ihre Hilfsmittel und Werkzeuge. Lehr- und Hilfsbuch für den praktischen Gebrauch, sowie eine allgemeinverständliche Darstellung der Grundzüge und Entwicklung bis zur Gegenwart unter Benutzung der besten Quellen und nach gesammelten Erfahrungen aus der Praxis, bearbeitet von H. Georgi und H. Schubert. Zweite, umgearbeitete und verbesserte Auflage. Mit 142 Abbildungen im Text und Tabellen. (Bibliothek der gesamten Technik. 217. Band.) Leipzig, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung, 1917. 160 Seiten. Preis gebunden 7,50 M. - Das Werk ist sich mit der Blechbearbeitung vertraut zu machen, wird in weiten Kreisen immer lebhafter empfohlen; das Werk ist am besten der rasche Umkehr der ersten Auflage dieses bestens besetzten Werkes. Soeben gelangt die zweite Auflage zur Ausgabe, die wie die erste, auf eine gleich gute Aufnahme rechnen kann. Die Blechbearbeitungstechnik ist in ausführender, leichtverständlicher Weise dargestellt. Der große Vorzug des vorliegenden Buches ist, daß die Verfasser in der Praxis stehen und daher reiche Erfahrungen verwandt und den Bedürfnissen der Praxis entgegenkommen konnten. Der erste Abschnitt des Buches gibt kurz einige geschichtliche Ausführungen über die Entwicklung der Blechbearbeitungsindustrie. Im zweiten Abschnitt werden dann das Material und seine Eigenschaften, die Teilbarkeit der Metalle und ihr Verhalten, das Schneiden und Lochen, das Perforieren und Blechspannen eingehend besprochen. Die darauf folgenden Kapitel behandeln die Blechbiegevorrichtungen und Biegemaschinen, die Pressen, Ziehmaschinen und Werkzeugmaschinen, das Rollen und Umbiegen, das Ziehen und Ausbauchen, das Fließen der Metalle, das Warmpressen von Zinkblech, die Herstellung von Draht- und Drahtspannen, das Ziehen mittels Ziehwerkzeugen, die Blechballlagerfabrikation und Verschiedenes. Das Buch kann allen Fachbesitzern aufs Wärmste empfohlen werden.

Das Perpetuum mobile. Eine populäre Darstellung der Erfindung des Perpetuum mobile. Von G. N. Schier. Mit 13 Abbildungen. 1917. Verlagsbuchhandlung für Lebenswissenschaft H. Reichl, Nürnberg. 156 Seiten. Preis nicht angegeben. - Der Verfasser erklärt im Vorwort, die Schrift verfaßt zu haben, um einen Gedanken populär und verständlich zu machen, der bis jetzt sehr viel Kopfzerbrechen verursacht hat: Die Perpetuum-mobile-Idee. Der Inhalt stützt sich auf eine gewandte, jedoch noch der Ausarbeitung und Vervollendung harrende Erfindung. Durch den Ertrag der Schrift hofft der „Erfinder“ die Mittel zu gewinnen, seine „Erfindung“ auszuarbeiten und veränderungsfähig zu machen. Das ist wohl auch der Hauptzweck dieses Nachwerks. Die Schreibweise des Verfassers ist ebenso kraus und verworren wie die in gewissen theosophischen und sonstigen „okkultistischen“ Schriften. Der Verfasser kommt, wie man zu sagen pflegt, vom Hundertsten ins Tausendste, er schreibt über alles möglich, sogar über das Geschlechtsleben des Menschen. Verschiedene Stellen kommen in dem Buche vor, wo der behauptete gutgläubige Leser meinen könnte, nun werde ihm endlich das Geheimnis enthüllt werden, wie denn eigentlich ein richtiggehendes Perpetuum mobile beschaffen sein müßte, aber dann springt der Verfasser regelmäßig zu etwas anderem über. Ferner preist er einen gewissen Silber als maßgebendes Elementarprinzip; die Ausprüche jedoch, die er aus den „Büchern“ dieses Meisters schöpft, erscheinen dem gewöhnlichen Sterblichen als ein dunkles Rätsel. Noch eins ist uns aufgefallen. Der Verfasser heißt G. Reichl; in dem Buche wird ausdrücklich auf in demselben Verlage erschienene Schriften von G. N. Reichl hingewiesen; der Verfasser des vorliegenden Buches nennt sich G. N. Schier, was eine Umstellung des Namens Reichl sein kann. Demnach kann man vermuten, daß wir es hier nicht mit drei Personen zu tun haben, sondern nur mit einer. Wir könnten über das vorliegende Nachwerk noch viel sagen, es mag jedoch mit dem Gefagten genug sein. Wir warnen unsere Leser eindringlich davor, dem Perpetuum-mobile-Schwindel Zeit, Geld und möglicherweise noch Gesundheit zu opfern. Sämtliche „Erfinder“ des Perpetuum mobile ohne Ausnahme geht es so, daß an ihrer Erfindung nur noch eine „Reinigkeit“ fehlt. Wenn sie diese erst herausgefunden haben, dann wird sie sicher gehen. Sämtliche Erfinder haben aber auch regelmäßig das Recht, daß es ihnen trotz aller Mühe nie gelingt, diesen kleinen Fehler auszumergen, einfach aus dem Grunde, weil ihre „Erfindung“ den Naturgesetzen widerspricht. Wer von den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich über das Perpetuum mobile auszuklären wünscht, der schlage bei seiner Ortsverwaltung den Jahrgang 1914 der Metallarbeiter-Zeitung nach. Da findet er in den Nummern 12 und 13 einen lehrreichen Aufsatz von Dr. Ing. G. N. Schier (Darmstadt). Ein empfehlenswertes Buch über diesen Gegenstand ist: Das Perpetuum mobile von Dr. Frida Schaf (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 462. Bandchen.) Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin. Preis 1,50 M.

**Verbands-Anzeigen**

- Mitgliederverammlungen.**  
 Samstag, 20. April:  
**Schöna. A. M. Gold. Adler, 8 Uhr.**  
 Sonntag, 21. April:  
**Southe. Zeller, Wasserstr. 5. 4.**  
 Donnerstag, 25. April:  
**Roweb. Potsdam. Hausmann, Potsdam, Kaiser Wilhelm-Str. 6, 8 Uhr, Generalversammlung.**  
 Samstag, 27. April:  
**Stuttgart. U. G. Gewerkschaftsbund, 7 Uhr, Generalversammlung, 21. Jahre, Ungerleiden.**
- Braucammung.**  
 Der Kollege **H. Probst**, Verfasser der Einleitung „Zur durchgehenden Arbeitszeit“ in Nr. 11 der Met.-Ztg., eruchen wir, sein seine Adresse nochmals anzugeben. Die Schriftleitung d. Metallarbeiter-Zeitung.
- Bestorden.**  
**Leipzig. Erich Krause, Graven, 21 Jahre, Ungerleiden.**  
**August Dänel, Gunglauer, 56 Jahre.**  
**Heinrich Krüger, Klempner, 27 J., Lungentuberkulose.**  
**Friedrich Kühne, Schlosser, 20 J., Lungentuberkulose.**  
**Starkfurt. Robert Schuber, Kessel-schmied, 23 Jahre, Darmverhärtung, eruchen.**
- Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Reiterstraße 16 B.